



Protestieren statt frieren

Überall in Europa und der Welt gibt es ein Problem mit steigenden Preisen. In Ländern wie dem Iran, der Türkei oder der sogenannten Dritten Welt ist bereits seit mehreren Jahren das Leben ein harter Kampf. Neu ist, dass wir seit letztem Jahr, noch vor dem Ukraine-Krieg, eine Preisexplosion auch hierzulande, in den USA, England oder Frankreich haben. Zugleich gibt es überall große Konzerne verschiedener Branchen, die unglaubliche Gewinne machen, und das nicht erst neuerdings.

Das *Handelsblatt* hat veröffentlicht, dass von den 40 großen DAX-Konzernen in Deutschland 15 dieses Jahr die höchsten Nettogewinne ihrer Geschichte einfahren werden. Insgesamt werden die 40 DAX-Unternehmen wahrscheinlich 130 Mrd. Euro netto an uns verdient haben. Trotz und auch wegen der Inflation. Aber über diese Gewinne und Vermögen wird wenig geredet, vor allem nicht in der Politik.

Ein System total irre

Seit 2021 mit dem Wiederhochfahren der Weltwirtschaft die Preise anfangen zu explodieren, brachte das für einige große Konzerne Riesengewinne. Aber für andere sind die Preissteigerungen absehbar ein Problem. Jetzt mit dem Krieg in der Ukraine, der Entkopplung von Russland und den explodierenden Energiepreisen bekommen daher Konzerne wie Uniper echte Probleme, aber auch die neuerdings vielbeachteten Bäckereien. Auch Siemens oder Thyssen brauchen Energie zu akzeptablen Preisen, um die Gewinne zu halten. Kann es eine Pleitewelle geben? Ganz sicher bereitet dieses Chaos den Politiker:innen und Wirtschaftsvertreter:innen Kopfzerbrechen. Also springt der Staat ein, wie wir es schon in der Finanzkrise oder der Coronakrise erlebt haben.

Zum einen buttert der Staat Milliarden in große Unternehmen. Das werden wir sicher noch mehr sehen. Um das zumindest teilweise zu finanzieren, greift der Staat üblicherweise in die Taschen der Steuerzahler, also die der Bevölkerung, der Arbeiterklasse. Die Gasumlage, die die Gaspreise noch teuer gemacht hätte, war so ein Versuch. Die ist nun vom Tisch, was aber nicht beruhigend ist.

Zum anderen übernimmt der Staat die Kontrolle privater Unternehmen wie Uniper, dieses Unternehmen, das für Normalsterbliche unbekannt ist. E.ON hatte sich vor wenigen Jahren einiger Geschäftsbereiche entledigt, die mit Kohle, Erdgas und Atomstrom zu tun haben. So ist Uniper als eine Art „Bad Bank“ der fossilen Energiewirtschaft entstanden. Ein Monopolist und Großlieferant für die strom- und erdgashungrige deutsche Wirtschaft und für die kommunalen Versorger. Mit Uniper übernimmt der Staat ei-

nen dreckigen Konzern mit Schulden, was 29 Mrd. verschlingt. Für E.ON konnte das nicht besser laufen. Weitere Verstaatlichungen könnten noch folgen. Bei allem geht es um den Versuch, etwas Kontrolle über den Energiemarkt zu bekommen im Interesse der Wirtschaft insgesamt. Auch der Gaspreisdeckel, der wohl kommen wird, würde den profitablen Konzernen ihre Gewinne lassen; der Staat übernimmt die Kosten. Wer wird das am Ende bezahlen?

Wir sehen wieder: machen die Konzerne Gewinne, profitieren sie und ihre Aktionäre – was die Belegschaften angeht, ist das eine andere Sache. Aber wenn es wirtschaftlich schwierig wird oder die Anarchie der kapitalistischen Wirtschaft die nächste Krise bringt, dann zwingen sie den Staat einzuspringen und die Kosten zu übernehmen. Es ist offensichtlich, dass die Wirtschaft dringend nach ganz anderen sozialen Prinzipien organisiert werden muss.

Die Preise steigen, also müssen die Löhne mithalten

Sicher machen sich die Politiker:innen und Wirtschaftsleute auch über die soziale Lage Gedanken. Neben der Dauerbeschallung mit lächerlichen Spartipps sind daher Einmalzahlungen und kleine Erhöhungen bei Sozialleistungen vorgesehen. Arbeitgeberverbände mögen auch Einmalzahlungen, das kostet nicht viel und bei jeder Lohnrunde werden sie neu verhandelt, Branche für Branche und Betrieb für Betrieb. Kleine Auseinandersetzungen, um uns zu teilen und müde zu machen, das ist ihre Strategie.

Aber Streiks und Proteste gibt es überall in der Welt: im Iran, in Großbritannien, USA, Frankreich und auch in Deutschland. Im Moment bleiben sie isoliert voneinander und überschaubar. Doch viele Proteste sind angekündigt und Tarifrunden stehen an.

In Berlin ist kommenden Montag, 3. Oktober, 13 Uhr Potsdamer Platz eine Gelegenheit zu zeigen, dass wir nicht für die Krisen des Kapitalismus zahlen wollen, dass wir nicht bereit sind, mit dickem Pullover auf dem Sofa nur die nächsten Rechnungen abzuwarten.

Von Kolleg_innen für Kolleg_innen...

Mathe für Dummis

Laut Statistischem Bundesamt liegt die durchschnittliche Inflationsrate der Verbraucherpreise aktuell bei 7,9%; für Energie bei 35,6%. Das ist der Anstieg gegenüber August 2021. Aber im August 2021 lag die Inflation bereits bei 3,9%; bei Energie waren das damals schon 12,6%. Das summiert sich über die Jahre. Und was die Aussichten angeht, naja, es gibt Hellseher, man nennt sie Wirtschaftsexperten, die rechnen mit 8,8% Inflation für nächstes Jahr.

Wenn man im letzten Jahr null Lohnerhöhung hatte, in diesem Jahr 1,5%, für nächstes Jahr im März laut GDL-Tarifvertrag 1,8% und im auslaufenden EVG-Tarifvertrag bislang noch nichts, dann... passt das nicht zu den Preiserhöhungen. Egal ob GDL oder EVG, der Schuh drückt bei allen gleich. Es gibt also erstens was nachzuholen und zweitens für die nächste Zeit sicherzustellen, dass die Lohnerhöhungen die Inflation ausgleichen.

19% mehr!

Nicht nur die EVG-Tarifrunde steht an, auch im Öffentlichen Dienst geht es ab Januar um mehr Geld. Die BSR-Kollegen haben auch Forderungen gesammelt und rausgekommen sind 16% als Lohnforderung. Die Beschäftigten der Berliner Krankenhäuser Charité und Vivantes haben auch ihre Forderungen diskutiert und finden 19% Tarifsteigerung aber mindestens 500 Euro mehr pro Monat richtig. Wenn längere Laufzeit, dann soll es eine gleitende Lohnskala bei steigender Inflation geben. Bei der BVG läuft der Tarifvertrag noch länger, aber ver.di hat jetzt Nachforderungen gestellt. Logisch, wenn dein Gasversorger oder Vermieter dir ne dicke Rechnung schickt, interessiert den ja auch nicht, ob du grad in einem Tarifvertrag mit megalangen Laufzeiten steckst.

Vorwärts in die Zukunft? Oder zurück?

Die InnoTrans hat immer einen Hauch von wunderbarer Zukunft: tolle Technik, wundervolle DB-„Ideenzüge“, magische Sprechblasen über „BigData“ und Web3, grün, grün, grün, super. Aber beim nächsten Dienst holt einen das Bahnerleben wieder runter: Toilettenprobleme, Erreichbarkeit der Leitstelle, Ablöse, Ende der Schicht, Sauberkeit, verlängerte Baustellen...

Jedem seine Psychocouch

Die Geschäftsführung der S-Bahn hatte wieder geladen zum „Gf direkt“. Eine Gelegenheit, ihnen bei ihren Problemen zuzuhören, die mit unserer Arbeitswelt nicht viel zu tun haben. Sie haben Sorgen wegen der Energiekosten. Die S-Bahn steht als Arbeitgeber nicht immer ganz vorne und wirklich ärgerlich, wenn die Leute schon wieder nach zwei Jahren wechseln (das war nicht auf die Personalchefin bezogen, echt nicht). Irgendein wichtiger Ingenieur von

Stadler ist zu Alstom (oder war es andersrum?) und so weiter. Ein großes Jammertal. Die einen haben Freunde, die anderen... „Gf direkt“.

Wenn die DB sich kümmert

Die DB ist ein guter Arbeitgeber: Ende des Jahres gibt es 100 Euro Energiebonus extra. Und wenn man tolle Vorschläge zum Energiesparen macht, dann gibt es nochmal 50 Euro. Ähh, und...? Das atmet sich weg, so schnell kannste gar nicht gucken.

Auf der Betriebsversammlung bei der S-Bahn wurde aber die 3.000 Euro Einmalzahlung angesprochen, die Scholz kürzlich in den Ring geworfen hatte. Als Sonderzahlung für zwischendurch und Vorgeschmack auf die echten Lohnerhöhungen könnte das was bringen. Dafür gab es Applaus.

Notruf ins nirgendwo

Jeder kann von Abfertigungsunfällen erzählen, letztes Ahrensfelde und Herrmannstraße. Und jeder kann Geschichten beitragen von Übergriffen, die gefühlt zunehmen. Das trifft mobile Aufsichten genauso wie Tf, sogar Aufsichten. Wie oft steht man dann allein da und keine Hilfe kommt, weder von der DB Sicherheit noch der Bahnpolizei, die auch viel zu wenig Leute haben und zufällig gerade woanders gebraucht werden? Es ist manchmal besser, keinen Notruf abzusetzen. Das Problem lässt sich nicht mehr unter den Teppich kehren.

Dieser Personalmangel ist aber allein die Verantwortung der S-Bahn-Geschäftsleitung und des Bahnmanagements, die Aufsichten eingespart, alles mögliche an Subunternehmen rausgegeben und viele bürokratische Hürden aufgebaut haben, um Geld zu sparen und Gewinne zu machen. Es gibt weniger ein Personalproblem als ein Profitproblem.

Finde dein Match?

Im Oktober fährt ein Recruiting-Zug zur Personalgewinnung. Jobdating für Single? Denn wer bei der Bahn arbeiten darf, kann seinen sozialen Kontakten schneller Tschüss sagen als wir zurückbleiben bitte.

Iran: Die Proteste weiten sich aus

Nach dem Tod der 22-jährigen Zhina (Mahsa) Amini, die bei einem Besuch in Teheran von der Sittenpolizei verhaftet wurde, weil ihr Kopftuch nicht richtig saß, brachen im ganzen Land Demonstrationen aus. Sie werden angeführt von jungen Frauen, an ihrer Seite und in Solidarität sind die Männer. Das Regime begegnet ihnen mit harter Repression, bis dato starben wahrscheinlich 180 Menschen. Verbreitete Slogans bei den Protesten sind "Frauen, Leben, Freiheit" und „Nieder mit der Diktatur!“

Das Land hat eine lange Streiktradition. Es gibt viele mutige Aktivisten. Ein Generalstreik ist im Gespräch.

Wenn dir das Flugblatt gefällt, dann gib es doch an Kolleginnen und Kollegen weiter und schreib an:

flugblatt_bahn@gmx.de || www.zugfunke.sozialismus.click || Facebook: Der Zugfunke

V.i.S.d.P.: Florian Sund, Schmarjestr. 17 14169 Berlin